Stadt Troisdorf
Der Bürgermeister
Az: Co-/RB

Datum: 21.06.2022

Vorlage, DS-Nr. 2022/0613

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Rat	06.09.2022			

Betreff: Bürgerantrag gemäß § 24 GO NRW des Bürgerforums Troisdorf vom 25. Januar 2021
hier: Bearbeitungsdauer von eigenreichten Bürgeranträgen

Beschlussentwurf:

Der Bürgerantrag gem. § 24 GO NRW des Bürgerforums Troisdorf vom 25. Januar 2021 wird abgewiesen.

Auswirkungen auf den Haushalt:

Finanzielle Auswirkungen: Nein

Auswirkungen auf das Klima:

Klimarelevanz: ja / nein / entfällt

Sachdarstellung:

Der Antragsteller bezieht sein Anliegen (zu 1)) auf einen Beschluss, der in dieser Form nicht existiert.

In § 6 Abs. 8 der Hauptsatzung der Stadt Troisdorf ist jedoch festgehalten, dass eine Mindestanzahl von 5 Bürgeranträgen pro Antragsteller und Ratssitzung nicht unterschritten werden darf. Die Gesamtzahl von 20 Bürgeranträgen pro Sitzung stellt die Grenze dar, um zu gewährleisten, dass sich der Rat, neben den vielfältigen Tagesordnungspunkten der Fraktionen und der Verwaltung, mit den Anregungen und Beschwerden sachlich angemessen befassen kann. Diese Regelung hat sich auch in den letzten Jahren als effektiv erwiesen und verfestigt.

Weiter erhebt der Antragsteller die Forderung (zu 2)), alle fristgerecht zu einer Ratssitzung eingereichten Bürgeranträge zu behandeln. Gem. § 24 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) i. V. m. § 6 Abs. 8 der Hauptsatzung der Stadt Troisdorf sind Anregungen und Beschwerden, die nicht in der unmittelbar darauffolgenden Ratssitzung behandelt werden, auf der Tagesordnung in den folgenden Sitzungen zu platzieren. Hintergrund und Ursache

dieser Regelung sind die sehr zahlreich eingegangenen Anträge „des gleichen Initiators“, die eine ordnungsgemäße und sachlich qualitative Abhandlung selbiger nicht zulassen und zudem die Verwaltung durch dieses hohe Aufkommen zeitlich stark binden.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass diese Regelung vom Städte- und Gemeindebund NRW empfohlen wird:

Zitat aus der Muster-Hauptsatzung des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen: Soweit mehr Anregungen und Beschwerden eingehen, als in der nächsten Rats- /Ausschusssitzung sachlich angemessen behandelt werden können, ist darauf zu achten, dass unter Beachtung des Eingangsdatums möglichst viele unterschiedliche Antragsteller/-innen berücksichtigt werden. Die Bürgermeisterin/der Bürgermeister kann in diesem Fall die Zahl der Eingaben pro Antragssteller/-in pro Sitzung begrenzen, wobei die Zahl 5 nicht unterschritten werden darf. Anregungen und Beschwerden, die nicht in der unmittelbar folgenden Sitzung des Rates/Ausschusses behandelt werden, sind nach Maßgabe des Satzes 1 und 2 in den folgenden Sitzungen auf die Tagesordnung zu setzen.“

Im Auftrag

Heike Linnhoff
Co-Dezernentin